

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 454.13 / 11.12.2013

Flächendeckende Geburtshilfe steht ganz oben auf der Tagesordnung - Gemeinsam eine Lösung für Sylt finden

Heute hat es einen Runden Tisch zur Situation der Geburtshilfe auf Sylt gegeben.

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin **Marret Bohn**:

„Der Erhalt einer flächendeckenden Geburtshilfe in Schleswig-Holstein steht für uns Grüne ganz oben auf der Tagesordnung. Auch im ländlichen Raum und auf den Inseln müssen werdende Eltern ihre Kinder gut versorgt auf die Welt bringen können.

Wir haben uns in der vergangenen Woche auf Sylt ein Bild gemacht und Gespräche mit Hebammen, ÄrztInnen, der Nordseeklinik und der Bürgermeisterin geführt. Es ist gut, dass heute der Runde Tisch in Kiel mit allen Beteiligten stattgefunden hat. Wir sind zuversichtlich, dass gemeinsam ein Weg für den Erhalt der Geburtshilfe auf Sylt gefunden werden kann. Eine besondere Herausforderung ist, eine Lösung für die stetig steigenden Berufshaftpflichtprämien zu finden. Ein Versicherungsfonds auf Bundesebene oder eine öffentlich-rechtliche Versicherung wären aus Grüner Sicht sinnvolle Ansätze.

Hierfür hatten wir einen Antrag in den Landtag eingebracht, der hierfür den Weg ebnen könnte.“

Der Abgeordnete **Andreas Tietze**, der für den Kreis Nordfriesland und die Inseln zuständig ist, ergänzt:

„Kinder sind unsere Zukunft. Auch Schleswig-Holstein wird immer älter. Wir sollten uns über jeden Nachwuchs freuen – egal wo seine Eltern leben. Zur Standortattraktivität gehört neben Kinderbetreuung und Schule auch eine sichere Geburt. Die schleswig-holsteinischen Inseln dürfen nicht benachteiligt werden. Der Versorgungsauftrag für die

Geburtshilfe auf Sylt muss umgesetzt werden. Asklepios steht hier in der Verantwortung. Auch privat geführte Kliniken dürfen sich nicht nur auf lukrative Abteilungen konzentrieren.

Wir freuen uns, dass Hebammen und Ärzte bereit sind, zusammen zu arbeiten und dass andere Kliniken ihre Kooperationsbereitschaft signalisiert haben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die bürokratischen Hindernisse überwunden werden. Eine angemessene Gesundheitsversorgung und eine sichere Geburt genießen Vorrang vor wettbewerbsrechtlichen Hürden der EU.
